

Krisenzeichen in Österreich

Ein neuer Konflikt SPÖ – Kirche

Die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise sind nun mit voller Wucht auch über Österreich hereingebrochen. Nachdem es bis in die jüngste Vergangenheit in Österreich gelungen war, die Inflationsrate niedrig und die Arbeitslosenzahl unbedeutend zu halten, läßt die Situation jetzt keine Beschönigung mehr zu: Die Zahl der Beschäftigungslosen schnellte vom Jänner 1981 bis zum Jänner 1982 von 3,7 Prozent auf immerhin 5,4 Prozent hinauf. Der Traum der Vollbeschäftigung ist damit auch in Österreich ausgeträumt und die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb sarkastisch, die Annahme, Österreich werde inmitten eines Meeres wirtschaftlichen Ungemachs eine „Insel der Seligen“ mit schlimmstenfalls marginaler Arbeitslosigkeit bleiben können, sei auf Sand gebaut gewesen.

Vor dem Ende der Kreisky-Ära

Nach der Pleite renommierter Firmen wie der „Eumig“ hat in Österreich vor allem die *besorgniserregende Lage in der verstaatlichten Industrie* einen Schock ausgelöst. Der VÖEST-Alpine-Stahlkonzern, Paradeferd der Staatsindustrie, mußte nach Milliardenverlusten im vergangenen Jahr zum ersten Mal einen erheblichen staatlichen Zuschuß in Anspruch nehmen. Jetzt ist auch der halbstaatliche Steyr-Daimler-Puch-Konzern, der Mopeds, geländegängige Fahrzeuge, Lastwagen und auch Panzer produziert, in Schwierigkeiten geraten. Die Großprojekte dieses Konzerns, die die Zukunft sichern sollten, so die Kooperationsverträge mit BMW in Steyr und mit Mercedes in Graz, sind geplatzt, und auf diese Weise erscheint gerade dieser Konzern mehr denn je abhängig von Waffenproduktion und Waffenexporten, die viele Gemüter erregen.

Trotz dieser tristen wirtschaftlichen Lage ist die sozialistische Alleinregierung in keine akuten politischen Schwierigkeiten geraten. Bundeskanzler Bruno Kreisky hat sich wieder einmal aufs neue als Meister der Strategie und der Taktik erwiesen, als er zur Jahreswende die Flucht nach vorne antrat, und einerseits den *Bau des umstrittenen UNO-Konferenzentrums* in Wien, andererseits eine *Revision des Kernenergie-Verbotsgesetzes* ankündigte. Beide Themen sind überaus emotionalisiert, da sich einerseits die von der Arbeitslosigkeit besonders geplagten Bundesländer gegen eine neue Großbaustelle in der ohnehin saturierten Bundeshauptstadt aussprachen, andererseits sorgt der Dauerbrenner der Atomdiskussion in Österreich für immer neue Aufregung. Für eine wirksame Ablenkung

von den brisantesten Themen – dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit, den Firmenzusammenbrüchen und schwindelerregenden Staatsschulden – war damit in vollem Umfang gesorgt.

Von einem Problem konnte Bruno Kreisky allerdings die öffentliche Aufmerksamkeit nicht abwenden: von seinem eigenen Gesundheitszustand. Der 71jährige Regierungschef wird nun schon seit geraumer Zeit von Kreislaufbeschwerden, zeitweisem Nierenversagen und Sehstörungen heimgesucht, die er offenkundig nur mit großer Willenskraft und Disziplin beherrschen kann. Schon im Vorjahr war der Kanzler durch seine Krankheit immer wieder wochenlang ausgefallen, und im Januar mußte er sich abermals vorübergehend in Spitalspflege begeben. Niemand weiß daher zur Stunde, ob *Bruno Kreisky* bei den nächsten Nationalratswahlen im April 1983 nochmals für die Sozialistische Partei als Kanzlerkandidat antreten wird oder nicht. Sich selbst und seiner Partei hat Kreisky den April 1982 als entscheidendes Datum gesetzt: Bis zu diesem Zeitpunkt will er nach Beratung mit seinen Ärzten endgültig und bindend über die Frage seiner Kandidatur entscheiden.

Für die Sozialistische Partei und für Österreich ist dieser Entschluß von weittragender, wahrscheinlich von entscheidender Bedeutung. 15 Jahre lang ist Bruno Kreisky nun schon Parteiobmann der SPÖ, zwölf Jahre Bundeskanzler. Seine Popularität ist in all diesen Jahren nicht abgeblättert und gesunken, sondern sogar noch gestiegen. Sollte er aus Gesundheitsgründen im April von einer Kandidatur bei den nächsten Wahlen Abstand nehmen müssen, so wäre dies ein äußerst herber Schlag, und niemand ist zur Zeit in der Lage, die Konsequenzen einer solchen Entscheidung in vollem Umfang abzuschätzen.

Die Sozialistische Partei hat freilich schon jetzt für diesen Fall vorgesorgt. Zu seinem Nachfolger als Bundeskanzler wird der jetzige Unterrichtsminister und Vizekanzler *Fred Sinowatz* planmäßig aufgebaut, ein ungemein behäbig wirkender Anfang-Fünfziger, dessen äußeres Erscheinungsbild jedoch trügt: Sinowatz ist ein äußerst gebildeter, messerscharf denkender Professional der Politik. Als seinerzeitiger Landesparteisekretär der burgenländischen SPÖ hat er inmitten der erstaunlich starren und kontinuierlichen politischen Fronten in Österreich das Wunder zustande gebracht, den einzigen „Farbwechsel“ eines österreichischen Bundeslandes seit 1945 generalstabsmäßig vorzubereiten und durchzuführen: Er machte aus dem bis dahin „schwarzen“ Burgenland das dritte sozialistische Bundesland neben Wien und Kärnten.

Als Nachfolger Kreiskys in der Parteiführung ist offensichtlich *Karl Blecha* vorgesehen, langjähriger Zentralsekretär der Partei, der im Vorjahr zu einem der Obmann-Stellvertreter der SPÖ aufrückte. Blecha, ein gebürtiger Wiener, arbeitete mehrere Jahre in der Meinungsforschung, bis er im Management der Partei eingesetzt wurde. Er ist mit allen Wassern des politischen Kampfes gewaschen. Einige Zeit hindurch empfahl sich Blecha, dessen Kinder nicht getauft sind, als „katholischer Abgeordneter“, der sich den Dialog mit den Katholiken besonders angelegen sein ließ. Als schlagfertiger Redner im Parlament und harter Diskutierer hat sich Karl Blecha inner- und außerhalb der Partei einen Namen gemacht.

So stark eine derartige Achse Sinowatz-Blecha in der bevorstehenden Nach-Kreisky-Ära sein dürfte, so ungewiß ist es, ob nicht diesem neuen Führungsgespann der SPÖ in dem ehemaligen Vizekanzler *Hannes Androsch* ein gefährlicher Gegner erwachsen könnte. Androsch, der mit 33 Jahren Finanzminister wurde und als sogenannter „Ziehsohn“ Bruno Kreiskys lange Zeit ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Bundeskanzler besaß, erregte in den letzten Jahren in zunehmendem Maße den Unmut des Parteiführers durch seine Pragmatik, seinen aufwendigen Lebensstil, durch seine störrische Art gegenüber manchen Parteaufträgen und durch seinen Ehrgeiz. Androsch fiel in Ungnade, wurde in einem quälenden innerparteilichen Prozeß entmachtet und schließlich auf den Posten des Generaldirektors der mächtigsten verstaatlichten Bank, der Creditanstalt, abgeschoben. In zahlreichen Äußerungen läßt Androsch erkennen, daß er die Art und Weise seiner Abhalfterung nicht vergessen hat und daß er sich für ein „Wiederkommen“ in der Nach-Kreisky-Ära rüstet. Da es nach wie vor zahlreiche Anhänger von Androsch in den SPÖ gibt und Freunde des ehemaligen Vizekanzlers einflußreiche Positionen in der Partei und vor allem in der Wirtschaft innehaben, könnte sich um Androsch das Kraftfeld einer künftigen Auseinandersetzung innerhalb der SPÖ abzeichnen.

Eine Polenschelte und der österreichische Hintergrund

Die SPÖ könnte aber auch nach außen hin in manche Konflikte verwickelt werden. Ein Beispiel dafür gab Bundeskanzler Kreisky selbst, der Mitte Januar vor einer großen Konferenz mit Tausenden sozialistischer Vertrauenspersonen in Wien erklärte, die *Arbeiterschaft in Polen* sei in den kritischen Monaten führerlos gewesen, denn die Kirche sei wohl eine große moralische Autorität, „aber daß sie besondere Voraussetzungen hätte, eine große Arbeiterbewegung zu führen, das kann niemand behaupten“. Im weiteren Verlauf seiner Rede meinte Kreisky unter dem demonstrativen, stürmischen Beifall der sozialistischen Vertrauensleute, man dürfe sich gerade in kritischen Zeiten durch die Grenzenlosigkeit an Heuchelei nicht täuschen lassen, wie sie in solchen Zeiten immer praktiziert werde: „Ich spreche davon, wie kalt und ge-

fühllos der Nuntius im Jahr 1934 darüber berichtet hat, was sich in Österreich damals ereignete. Wir wissen, wie lebhaft die Anteilnahme diesmal war. Sicher, es gibt eine innere Entwicklung in der Kirche. Das soll man nicht bestreiten. Aber wir haben es ja noch erlebt, wie es anders war.“

Selten zuvor in all den letzten Jahren gab es einen derartigen Aufschrei der Empörung in kirchlichen Kreisen wie diesmal. Wiens Weihbischof *Helmut Krätzl* erklärte, Kreisky habe dem eigenen Bemühen, zwischen der Kirche und der SPÖ Brücken zu bauen und Gräben zuzuschütten, keinen guten Dienst erwiesen. Alte Wunden seien wieder aufgerissen worden. Der Diözesanbischof von St. Pölten, *Franz Zak*, beschuldigte den Kanzler, er habe Polens Kirche in unfaßbarer Weise kritisiert und sei dem polnischen Volk in seinem Freiheitskampf in den Rücken gefallen. Kardinal *König* sagte schließlich in der Öffentlichkeit, er persönlich sei durch diese Äußerungen Kreiskys tief betroffen. Die Kritik des Kanzlers sei ihm unverständlich, da „alle Welt weiß, daß die Kirche in Polen auf der Seite des Volkes und der Arbeitermassen steht“.

Diese laute Empörung führender kirchlicher Amtsträger hatte ihre Gründe: Man fürchtete in der Kirche, zum Opfer der neuen Taktik Kreiskys zu werden, die aufgrund der tristen Wirtschaftslage nach allen möglichen Seiten hin die Polarisierung sucht, um den Vorteil der herrschenden Regierungspartei voll ausspielen zu können. Darüber hinaus wurde in kirchlichen Kreisen angenommen, daß Kreisky die Vorgänge in Polen und das Jahr 1934, das fatale Datum des österreichischen Bürgerkrieges zwischen den Sozialdemokraten und dem „christlichen Ständestaat“, mit voller Absicht zusammen anführte: Offenbar wollte er die *österreichischen Arbeiter warnen, sich mit der Kirche einzulassen*. In den vergangenen Monaten hatte es nämlich nach Jahrzehnten tiefen Mißtrauens zwischen der österreichischen Arbeiterschaft und der Kirche erste, vage Anzeichen einer neuen Einstellung gegeben. So marschierten beispielsweise in der obersteirischen Industriestadt Judenburg, wo ein Stahlwerk geschlossen werden sollte, die Pfarrer der gesamten Region mit den Betriebsräten des Werkes einem Protestzug voran, dem sich die Arbeiter aller Industriebetriebe und die Bürger der Stadt anschlossen. Der sozialistische Betriebsratsobmann des Werkes wurde abgewählt, ein anderer, der Parteiführung ferner Sozialist an seine Stelle gesetzt, der alsbald einige seiner Betriebsräte zu einer inoffiziellen Studienreise zur „Solidarität“ nach Polen entsandte. Auch in anderen Industriebetrieben regten sich Bestrebungen, die allzu kurze Leine zur sozialistisch dominierten Einheitsgewerkschaft etwas länger zu knüpfen.

Der Warnschuß Kreiskys traf daher die Kirche in Österreich an einem besonders neuralgischen Punkt. Und als sich die österreichischen Bischöfe in der zweiten Januarhälfte zur Weihe des neubestellten Bischofs von Linz, des früheren Benediktiner-Abtes von St. Lambrecht, *Maximilian Aichern*, trafen, beschlossen sie, der Kardinal solle den Bundeskanzler in einem Brief auffordern, die Angele-

genheit in einem persönlichen Gespräch zu klären. Eine Woche später, bei der Weihe des neuernannten Bischofs von Klagenfurt, des langjährigen Grazer Hochschulseelsorgers *Egon Kapellari*, gab Kardinal König vor den Bischöfen Österreichs und der Nachbarländer sowie vor den versammelten Festgästen eine sehr grundsätzliche Erklärung ab, in der es hieß, es sei das selbstverständliche demokratische Recht der Kirche, zu wesentlichen ethischen Fragen Stellung zu nehmen.

Wenige Tage später zeigten diese demonstrativen Akte ihre Wirkung: Kreisky bemühte sich, seine seinerzeitige Erklärung etwas abzuschwächen, und besuchte dann in der zweiten Februarhälfte den Erzbischof von Wien, um die angesammelten „Mißverständnisse“ wieder auszuräumen. Über das Gespräch König–Kreisky verlautete in der Öffentlichkeit so gut wie nichts, ein kurzes Kommuniqué wußte von einer „verständnisvollen Atmosphäre“ zu berichten. Die Attacken, die in sozialistischen Zeitungen gegen Bischöfe und andere katholische Amtsträger erschienen waren, die es gewagt hatten, Kreisky zu kritisieren, verstummten jedoch.

Aufschwung für die ÖVP?

Man sollte meinen, daß diese Gesamtsituation der oppositionellen *Österreichischen Volkspartei* wie von selbst einen Auftrieb geben müßte. Die ÖVP sah sich jedoch auch in der jüngsten Vergangenheit nicht imstande, aus den Schwierigkeiten der Sozialisten Kapital zu schlagen. Weder die bedrohliche wirtschaftliche Lage, in der der SPÖ mit ihrer Parole der Arbeitsplatzsicherung nach wie vor mehr Glauben geschenkt wird als der ÖVP, noch die ideologischen und programmatischen Schwierigkeiten der SPÖ konnte die ÖVP für einen wesentlichen Auftrieb nützen. Im Gegenteil: Durch einen Schmiergeldskandal einer Wohnbaugenossenschaft im Burgenland wurde ein führender Landesfunktionär der Volkspartei derart belastet, daß sein Rücktritt unausweichlich wurde. Ein hekti-

sches gegenseitiges Aufrechnen von Skandalen begann, die undurchsichtigen Vorgänge und Unterschleifen beim Allgemeinen Krankenhaus (AKH) in Wien wurden gegen die nicht minder düsteren Ereignisse bei der „schwarzen“ Wohnbaugenossenschaft im Burgenland ausgespielt. Aufgrund dieser Korruptionsvorwürfe droht nicht nur die Glaubwürdigkeit der Parteien insgesamt, sondern der Demokratie schlechthin auf der Strecke zu bleiben.

Angesichts dieser labilen Situation entschloß sich die ÖVP wenige Tage vor ihrem Bundesparteitag in Linz, einen wichtigen Personalwechsel quasi über Nacht durchzuführen: Anstelle des bisherigen Generalsekretärs *Sixtus Lanner*, der schon seit längerem wenig durchschlagskräftig erschien, wurde der Rechtsanwalt *Michael Graff* gewählt, der bisher im Establishment der Partei keine Funktion innehatte. Graff hatte allerdings mehrmals die ÖVP in Verfahren vertreten, die beim Verfassungsgerichtshof angestrengt waren, und er hatte sich dabei einen guten Namen erworben. Vor dem Parteitag der Volkspartei wagte er es, das auszusprechen, was die Parteiführer der ÖVP schon seit langer Zeit gar nicht mehr zu fordern wagten: Daß die ÖVP bei den nächsten Wahlen wieder die Mehrheit anstreben soll.

Ob dieses Ziel auch tatsächlich erreicht werden kann – das wird selbst innerhalb der ÖVP mit einiger Skepsis beurteilt. Wenn Bruno Kreisky tatsächlich nochmals kandidieren sollte, dann wird die Chance eines solchen ÖVP-Wahlerfolges mit Null angesetzt. Ist es Kreisky nicht mehr möglich zu kandidieren, dann besteht für die Volkspartei immerhin die Möglichkeit, nach vielen Jahren andauernder Mißerfolge zum erstenmal wieder einen Fortschritt nach vorne zu erzielen. Wie groß dieser in Wirklichkeit sein wird, steht freilich angesichts der fast erdrückenden Überlegenheit der SPÖ auf Bundesebene in den Sternen. Doch hoffen die ÖVP-Strategen, daß die westdeutsche Entwicklung auf die Vorgänge in Österreich zumindest indirekt ihre Auswirkungen haben wird.

Fritz Csoklich

Offene Konflikte in Ungarns Kirche

Der Hintergrund: die Basisgemeinschaften

Die ungarische Kirche hat in ihrer jüngsten Vergangenheit durch die *Amtsenthebung von zweien ihrer jungen Seelsorger* im Spätherbst 1981 wieder von sich reden gemacht. Die „Affäre“ hatte auch in der westlichen Presse für Schlagzeilen gesorgt. Auslösendes Moment war in dem einen Fall die Tatsache, daß ein Kaplan trotz des über ihn verhängten Redeverbots im Rahmen einer Jugendwallfahrt eine Predigt hielt; das „Vergehen“ des anderen bestand darin, daß er kircheninterne Probleme auf der Kanzel zur Sprache gebracht hatte. Beide hatten – in durchaus zurückhaltender Form – an den ungarischen Bischöfen

Kritik geübt, hatten sich zum Prinzip der Gewaltlosigkeit bekannt, die aus Gewissensgründen bedingte Wehrdienstverweigerung verteidigt und darauf verwiesen, daß die Kirche nach dem Evangelium nicht eine Machtinstitution, sondern eine Liebesgemeinschaft sei. Einer der beiden erklärte, der Anlaß für jene Predigt, die ihm als „Unregelmäßigkeit“ ausgelegt wurde, sei eine Ansprache Kardinal *Lékais* gewesen, welche dieser am 6. September 1981 anlässlich des 125jährigen Jubiläums der Esztergomer Basilika gehalten hatte. Der Kardinal hatte sich damals in sehr scharfer Form gegen einen aus Geistlichen und Laien be-